

## ■ KONJUNKTURERHOLUNG VERZÖGERT

### PROGNOSE FÜR 2002 UND 2003

*Die österreichische Wirtschaft wird heuer um nur knapp 1% und nächstes Jahr voraussichtlich um mehr als 2% wachsen. Die Risiken für die Konjunkturerholung, auf die das WIFO in seiner Juni-Prognose hingewiesen hat, sind schlagend geworden. Die Talfahrt der Börsenkurse hat das Vertrauen der Konsumenten und Unternehmen weltweit erschüttert. Angesichts der Unsicherheiten und der getrübtten Stimmung sind die Wachstumsaussichten weniger günstig einzuschätzen. Das gedämpfte Wachstum schlägt sich in stark steigender Arbeitslosigkeit und ungeplant hohen Budgetdefiziten nieder.*

Seit dem Juni haben sich die Konjunkturaussichten für die USA und Europa verschlechtert<sup>1)</sup>. Der massive Verfall der Börsenkurse beeinflusst über Vermögensverluste und Stimmungstief auch die Realwirtschaft. Gemäß Unternehmensumfragen und Frühindikatoren dürfte sich die Konjunktur schwächer entwickeln als angenommen. Für Europa fallen die Prognosekorrekturen stärker aus als für die USA, weil die Wirtschaft der EU bisher deutlicher hinter den Erwartungen zurückblieb. Das hat nicht nur Folgen für die Exportaussichten Österreichs, sondern auch für die Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

In Österreich kam die Konjunkturerholung im 1. Halbjahr noch wie erwartet voran. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm von Quartal zu Quartal um etwa ½% zu. Im Sommer trübte sich jedoch die Stimmung der Unternehmen ein, vor allem die Erwartungen für die kommenden Monate wurden revidiert. Hier schlagen sich die Zweifel an der Robustheit der Konjunktur in den USA und der Verfall der Börsenkurse nieder. Die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe waren in diesen Umfragen noch nicht berücksichtigt; die damit verbundenen Produktionsausfälle bilden einen weiteren kurzfristig dämpfenden Faktor.

Die Wachstumsprognose für 2002, die das WIFO seit Dezember 2001 unverändert beibehalten hatte, muss wegen der Verzögerung des Aufschwungs um ¼ Prozentpunkt auf 0,9% nach unten korrigiert werden. Damit verändern sich

**Die Konjunkturprognose entsteht  
jeweils in Zusammenarbeit aller  
Mitarbeiter des WIFO.**

<sup>1)</sup> Kramer, H., Budgetpolitik und wirtschaftspolitische Strategie, WIFO, Wien, August 2002, [http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get\\_abstract\\_type?p\\_language=2&pubid=22581&pub\\_language=-1&p\\_type=0](http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=2&pubid=22581&pub_language=-1&p_type=0).

*Hauptergebnisse der Prognose*

	1999	2000	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 2,2	
Nominell	+ 3,5	+ 4,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 3,6	
Sachgütererzeugung <sup>1)</sup> , real	+ 3,4	+ 7,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 3,5	
Private Konsumausgaben, real	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,8	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 1,5	+ 5,1	- 3,4	- 2,8	+ 2,8	
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 4,3	+11,1	- 5,2	- 5,0	+ 4,5	
Bauten	- 0,7	+ 0,3	- 1,7	- 1,0	+ 1,5	
Warenexporte <sup>3)</sup>						
Real	+ 7,7	+13,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 6,0	
Nominell	+ 7,0	+15,6	+ 6,5	+ 3,2	+ 7,1	
Warenimporte <sup>3)</sup>						
Real	+ 6,9	+10,9	+ 2,8	- 3,0	+ 6,5	
Nominell	+ 6,7	+14,7	+ 5,0	- 2,8	+ 7,6	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €					
in % des BIP	- 6,33	- 5,3	- 4,65	- 1,83	- 1,67	
Sekundärmarktrendite <sup>4)</sup>	in %	4,7	5,6	5,1	5,0	4,7
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	3,9	3,7	3,6	4,1	4,1	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen <sup>6)</sup>	6,7	5,8	6,1	6,9	6,9	
Unselbständig Beschäftigte <sup>7)</sup>	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4	
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,3	- 1,5	+ 0,2	- 1,5	- 1,0

<sup>1)</sup> Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – <sup>2)</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Laut Statistik Austria. – <sup>4)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – <sup>5)</sup> Laut Eurostat. – <sup>6)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>7)</sup> Ohne Präsenzdiener und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kindergeld.

auch die Aussichten für das kommende Jahr, das Tempo der Erholung wird geringer ausfallen als bisher angenommen. Die Prognose für 2003 wird deshalb um ½ Prozentpunkt auf 2,2% zurückgenommen. Dieses Szenario setzt voraus, dass die „Konjunkturpause“ zu Ende geht und die im 1. Halbjahr verzeichnete Erholung sich im nächsten Jahr fortsetzt. Für eine solche Entwicklung spricht, dass sich das Vertrauen in die börsennotierten Unternehmen wieder festigen dürfte und dass aufgeschobene Investitionen nachgeholt werden müssen, um den Ersatzbedarf zu befriedigen. Die anhaltend niedrigen Zinsen und die Investitionsprämie bieten dafür einen Anreiz.

Die Erholung der Konjunktur ist aber noch immer mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet: In den USA muss sich die Konjunktur erst als robust erweisen. Ein Krieg gegen den Irak würde die Rohölpreise kurzfristig in die Höhe treiben und die Börsenkurse zu einem neuen Tief führen. In der EU stehen einige große Staaten vor dem Problem, trotz der Stagnation restriktive budgetpolitische Maßnahmen ergreifen zu müssen, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten.

In Österreich wurde das Wirtschaftswachstum bisher entscheidend vom Außenbeitrag bestimmt. Aufgrund der Schwäche der Inlandsnachfrage – vor allem nach Investitionsgütern – werden die realen Warenimporte um 3% sinken. Das Defizit in der Leistungsbilanz wird dadurch halbiert.

Der massive Investitionsrückgang, der nun schon das zweite Jahr anhält (jeweils -5%), ist neben der stark stei-

genden Arbeitslosigkeit ein wichtiger Anlass für das soeben beschlossene Konjunktur- und Beschäftigungspaket der Bundesregierung. Die bis Ende 2003 befristete Investitionsprämie von 10% soll einen Anreiz bieten, geplante Investitionen vorzuziehen.

Die bisherigen Maßnahmen von Bund und Ländern zur Konjunkturbelebung und die Behebung der Hochwasserschäden dürften heuer dazu beitragen, die Situation in der Bauwirtschaft (vor allem im Tiefbau) zu stabilisieren. Die Prognose für die Bauwirtschaft kann etwas nach oben revidiert werden (von -2% auf -1%). 2003 ist ein leichter Zuwachs der Bauproduktion zu erwarten, der auch durch den Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe ausgelöst wird. Der private Konsum hielt bisher real das Vorjahresniveau. Die Pkw-Käufe und die Wohnbauinvestitionen der privaten Haushalte brachen jedoch ein.

Die Konjunkturschwäche hat 2002 hohe Steuerausfälle (rund 2 Mrd. €) zur Folge, dazu kommt die Budgetbelastung durch die Folgen der Hochwasserkatastrophe (1 Mrd. €). Der Staatshaushalt wird deshalb heuer ein Defizit von etwa 1½% des BIP aufweisen. Die Staatsausgaben (ohne Hochwasserhilfe und Arbeitslosengeld) weichen kaum vom Voranschlag ab. Im Jahr 2003 dürfte das Budget einen Abgang von gut 1% des BIP aufweisen, sofern sich die Konjunktur wie erwartet erholt.

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hat einen ungewöhnlich starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge – Österreich zählt heuer zu den EU-Ländern mit dem raschesten Zuwachs an Arbeitslosen (+31.000). Die Nachfrage nach Arbeitskräften ging erwartungsgemäß zurück, gleichzeitig nahm aber das Arbeitskräfteangebot wegen der Anhebung des Frühpensionsalters und der großzügigen Beschäftigungsgenehmigung für ausländische Saisoniers kräftig zu. Die Arbeitslosenquote wird deshalb von 6,1% (2001) auf 6,9% im Jahr 2002 steigen und nächstes Jahr auf hohem Niveau stagnieren. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung wirkt relativ spät der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für Jugendliche entgegen. Die Maßnahmen im Rahmen des „Jugendauffangnetzes“ wurden verlängert, die Lehrplatzförderung ausgeweitet.

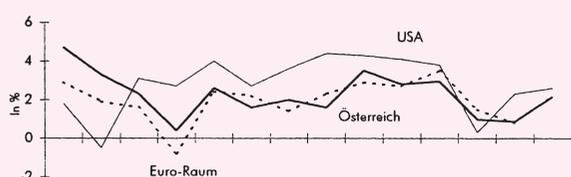
Der Preisaufrtrieb wird sich insgesamt abschwächen. Die Verbraucherpreise werden 2002 um 1,8% steigen, dank der Stabilisierung der Energiepreise um 1 Prozentpunkt langsamer als 2001. Im Jahr 2003 ist ein weiterer Rückgang der Inflationsrate auf 1,4% zu erwarten, weil die Lohnrunde im privaten Sektor niedriger ausfallen dürfte und einige Sonderfaktoren – z. B. hohe Saisonwarenpreise – wegfallen.

## AUFSCHWUNG DER KONJUNKTUR IN DEN USA GEFÄHRDET

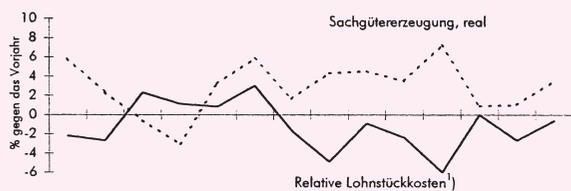
Seit dem Sommer haben sich die internationalen Konjunkturaussichten verschlechtert. Unternehmensumfra-

## Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

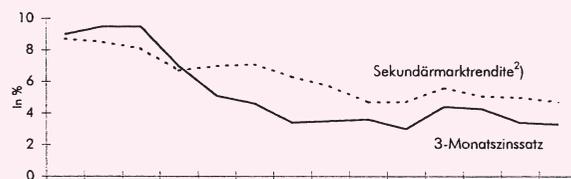
## Wirtschaftswachstum



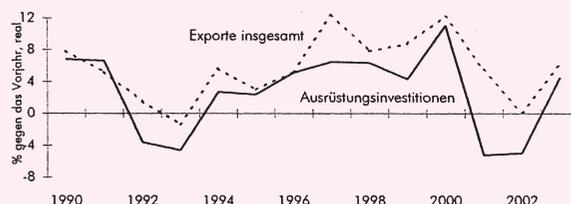
## Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



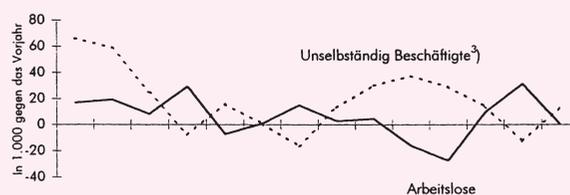
## Kurz- und langfristige Zinssätze



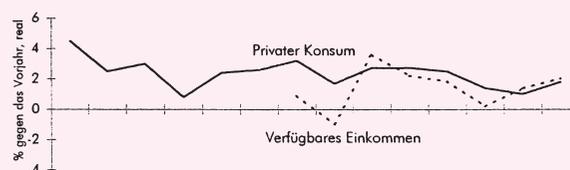
## Export und Investitionen



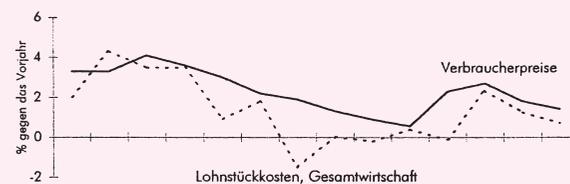
## Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



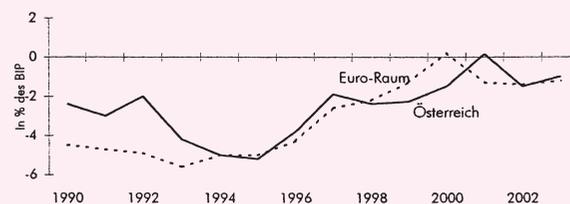
## Konsum und Einkommen der privaten Haushalte



## Preise und Lohnstückkosten



## Finanzierungssaldo des Staates



1) In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 3) Ohne Präsenzdiener und Kindergeldbezieherinnen.

gen und Vorlaufindikatoren deuten in den USA und Europa auf eine schwache Wirtschaftsentwicklung hin. Die Baisse auf den Finanzmärkten und das labile Vertrauen von Konsumenten und Unternehmen scheinen einander gegenseitig zu verstärken. Die Aktienkurse gingen bis September zurück; dabei blieb der Kursverfall nicht auf den IT-Sektor beschränkt, sondern erfasste weite Teile der Wirtschaft. Zweifel an der Einhaltung der Bilanzvorschriften und der Tragfähigkeit des Aufschwungs in den USA waren die Hauptursachen. Gleichzeitig mit dem Kursverfall nahm die Volatilität der Kurse zu, was auf erhöhte Unsicherheit hindeutet. Die Lage der Wirtschaft ist zwar besser, als die erschreckende Entwicklung an den Börsen vermuten ließe, diese hat aber über Vermögensverluste und Stimmung auch wesentlichen Einfluss auf die Realwirtschaft, und die Aktienkurse gelten als Indikator für die Wirtschaftsentwicklung in der nahen Zukunft.

Die Immobilienpreise stiegen in einer Reihe von Ländern – insbesondere in den USA – deutlich, während die Anleihenrenditen zurückgingen. Diese Entwicklung spiegelt die Umschichtung der Portefolios von Aktien zu Immobilien, Anleihen und geldmarktnahen Finanzinstrumenten wider. Steigende Wohnungspreise und niedrige Hypothekenzinsen gaben dem Wohnbau in den USA Auftrieb.

Das Wirtschaftswachstum der USA wurde für die vergangenen zwei Jahre nach unten revidiert. Auf eine Rezession in den ersten drei Quartalen 2001 folgte ein halbes Jahr lang ein kräftiger Aufschwung, der jedoch im II. Quartal 2002 verebbte: Die Expansion blieb mit 1,1% (saisonbereinigte Jahresrate) hinter den Erwartungen zurück. Die Einzelhandelsumsätze vom Juli lassen auf eine kräftige Konsumnachfrage der privaten Haushalte im III. Quartal schließen. Die Verluste auf den Finanzmärkten, der hohe Verschuldungsgrad der Haushalte und die unsichere Arbeitsmarktlage dürften jedoch den privaten Konsum in den kommenden Monaten bremsen. Die massive Verringerung der Ausrüstungsinvestitionen könnte dagegen zu Ende gehen – darauf deuten die jüngsten Daten über Bestellungen hin. Auch vom Lageraufbau sollten positive Impulse kommen.

Die führenden Prognoseinstitute haben in den letzten Wochen ihre Schätzungen für das Wirtschaftswachstum in den USA zurückgenommen. Das WIFO erwartet für 2002 eine Rate von +2% bis +2½% und für 2003 von +2½% bis +2¾%.

Die Wirtschaftsleistung Japans nahm im 1. Halbjahr kräftig zu, stimuliert von zunehmendem Außenbeitrag und Lageraufbau. Der private Konsum blieb jedoch

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,3
USA	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,3	+ 2,6
Japan	+ 0,7	+ 2,4	- 0,2	- 1,0	+ 1,0
EU	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,6	+ 1,0	+ 2,3
Euro-Raum	+ 2,7	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,2
Deutschland	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,8
Ost-Mitteuropa <sup>1)</sup>	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,8
Welthandel, real	+ 6,0	+12,7	+ 0,3	+ 3,5	+ 7,0
OECD-Exporte	+ 5,7	+12,0	- 0,8	+ 2,0	+ 7,5
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+11,4	- 1,4	+ 1,5	+ 5,5
Marktwachstum <sup>2)</sup> Österreichs	+ 7,4	+12,8	+ 2,2	+ 2,0	+ 5,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise <sup>3)</sup>					
Insgesamt	+12,0	+31,0	-11,0	+ 2,0	+ 2,0
Ohne Rohöl	- 8,0	+ 1,0	- 7,0	- 3,0	+ 3,0
Erdölpreis <sup>4)</sup> \$ je Barrel	17,3	28,0	23,5	24,5	25,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,067	0,924	0,896	0,94	1,00

<sup>1)</sup> Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – <sup>2)</sup> Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – <sup>3)</sup> HWWA-Index, Dollarbasis. – <sup>4)</sup> Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

schwach. Trotz der signifikanten Erholung wird die Wirtschaft Japans heuer insgesamt leicht schrumpfen. Für 2003 ist ein mäßiger Zuwachs (+1%) zu erwarten.

Südamerika steht noch unter dem Eindruck der Folgen der Argentinienkrise. In Brasilien schwindet das Vertrauen in die Politik und die Staatsfinanzen immer mehr. Der Real hat seit Jahresbeginn gegenüber dem Dollar um etwa ein Viertel abgewertet, die Zinsen für Staatsanleihen stiegen beträchtlich. In Argentinien hat sich die angespannte Lage nicht verbessert.

### SEHR ZÖGERNDE ERHOLUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT

In der Euro-Zone blieb die Wirtschaftsentwicklung heuer hinter den Erwartungen zurück. Das reale BIP wuchs im I. Quartal um 0,4%, im II. um 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Diese Erholung ging primär auf den steigenden Außenbeitrag zurück: Die Exporte in den außereuropäischen Raum nahmen zu, und die schwache Binnennachfrage ließ die Importe sinken. Die Konsumneigung der privaten Haushalte war gedrückt – zum Teil auch eine Reaktion auf die hohe Arbeitslosigkeit und die Unsicherheiten im Zuge der Euro-Umstellung. Die Investitionstätigkeit war ebenfalls schwächer als erwartet.

Die Wirtschaftspolitik ist in Europa primär auf Stabilität ausgerichtet. Die zentrale wirtschaftspolitische Prämisse der EU, dass niedrige Inflation und ein strikter Budgetkonsolidierungskurs gleichsam automatisch ein solides Wirtschaftswachstum herbeiführen, hat sich bis jetzt nicht bestätigt. Die europäische Wirtschaft entwickelt sich nicht nur längerfristig, sondern auch in diesem Jahr wesentlich ungünstiger als die der USA, obwohl diese durch die Folgen der Bilanzfälschungen und durch Vermögensverluste an den Börsen besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde. Im 1. Halbjahr wuchs die Wirtschaft in den USA um 1,8% gegenüber dem Vorjahr, in

der EU um nur 1/2%. Die pragmatische problemorientierte Politik der USA zeigt sich derzeit den Regeln der EU-Wirtschaftspolitik überlegen.

Die vorausseilenden Konjunkturindikatoren deuten im Sommer auch in Europa auf eine Abschwächung der ohnehin sehr mäßigen Auftriebenden hin. Im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Wirtschaft der EU-Staaten um nur 1% wachsen, im nächsten Jahr um 2% bis 2 1/2%.

Von der Wirtschaftspolitik der EU sind in dieser Phase einer ausgeprägten Konjunkturschwäche keine expansiven Impulse zu erwarten. Die EZB dürfte die Zinssätze vorerst konstant halten, eine ins Auge gefasste Anhebung wurde durch die plötzliche Konjunktüreintrübung hinfällig. Vor dem Sommer wurde der Übergang von einem expansiven auf einen neutralen Kurs der Geldpolitik diskutiert. Die neuerliche Konjunkturschwäche lässt eher die Erwartung einer Zinssenkung aufkommen.

Risiken für die Konjunktur gehen von der Budgetpolitik der EU-Länder aus. Die Stagnation der Wirtschaft hat Einnahmefälle und damit einen beträchtlichen Anstieg der Budgetdefizite zur Folge. Diese sind in der Euro-Zone um 1 bis 1 1/2 Prozentpunkte höher als erwartet. Einige große EU-Staaten (Deutschland, Frankreich) könnten deshalb trotz der Konjunkturschwäche eine restriktive Budgetpolitik verfolgen, um damit dem Limit der Neuverschuldung im Stabilitätspakt Rechnung zu tragen. Das würde die Chancen auf eine Erholung weiter verringern. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt engt die konjunkturpolitische Manövrierfähigkeit ein, da die Konjunkturschwäche eintrat, ehe alle EU-Staaten einen hinreichenden Abstand von der 3%-Defizitmarke erreicht hatte.

Deutschland ist heuer weiterhin Nachzügler in der EU. Die Hauptursachen liegen in den hohen Belastungen durch die Wiedervereinigung, in der ausgeprägten Baukrise und im wirtschaftspolitischen Reformstau. Nach einer Aufhellung der Stimmung im 1. Halbjahr wies der ifo-Geschäftsklimaindex im Sommer wieder abwärts. Die deutsche Wirtschaft dürfte heuer um nur 1/2% und 2003 um 1 1/2% bis 2% wachsen.

In den Ländern Ost-Mitteuropas entwickelt sich die Wirtschaft unterschiedlich. In Polen und Tschechien wird die Konjunktur durch die reale Aufwertung gebremst, in Ungarn ist sie aufwärtsgerichtet. Das Wirtschaftswachstum Ost-Mitteuropas dürfte 2002 1 1/2% und 2003 2 1/2% bis 3% betragen.

### LANGFRISTIGE ZINSSÄTZE SINKEN

Der Preisaufruf wird sich in der EU weiter beruhigen. Die Inflationsrate dürfte sich bei etwa 2% stabilisieren. Die geringe Auslastung von Kapital und Arbeit sowie der relativ starke Euro verringern den Inflationsdruck. Ein Ri-

## Entwicklung der Bruttowertschöpfung

## Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft	4,53	4,53	4,53	+3,2	±0,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau <sup>1)</sup>	40,77	41,18	42,62	+0,9	+1,0	+3,5
Energie- und Wasserversorgung	5,60	5,71	5,86	+0,1	+2,0	+2,5
Bauwesen	13,63	13,50	13,70	-2,7	-1,0	+1,5
Handel <sup>2)</sup>	24,44	24,69	25,18	-0,1	+1,0	+2,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,37	7,50	7,71	+6,4	+1,8	+2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,38	14,59	14,88	+1,6	+1,5	+2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	13,65	13,99	14,20	+0,7	+2,5	+1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen <sup>3)</sup>	26,59	26,93	27,47	+2,1	+1,3	+2,0
Öffentliche Verwaltung <sup>4)</sup>	11,46	11,34	11,29	-1,5	-1,0	-0,5
Sonstige Dienstleistungen	25,79	26,18	26,84	+1,7	+1,5	+2,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>5)</sup>	188,22	190,15	194,28	+0,9	+1,0	+2,2
Bruttoinlandsprodukt	197,56	199,27	203,57	+1,0	+0,9	+2,2

<sup>1)</sup> Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – <sup>2)</sup> Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – <sup>3)</sup> Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – <sup>5)</sup> Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

siko, das nicht unterschätzt werden sollte, geht von politischen Faktoren aus: Ein Krieg im Irak könnte die Rohölpreise kurzfristig in die Höhe schießen lassen und einen neuerlichen Kurssturz an den Börsen zur Folge haben.

In der Prognose wurden die technischen Annahmen getroffen, dass der Rohölpreis etwa stabil bleibt und der Euro-Kurs im nächsten Jahr die Dollar-Parität erreicht. Weiters wurde unterstellt, dass die Notenbank der USA die Zinssätze im Zuge einer Konjunkturerholung im Laufe des kommenden Jahres anhebt. Die EZB würde diesen Schritt wohl bald nachvollziehen. Die Erhöhung der kurzfristigen Zinssätze wird eine Trendwende der langfristigen Zinsen auslösen. Bis dahin werden diese jedoch weiter sinken, wozu die Umschichtung der Portefeuilles von Aktien zu Anleihen wesentlich beiträgt. Die Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen liegt heuer in Österreich bei 5%, sie wird im Jahresdurchschnitt 2003 weiter zurückgehen.

## KRÄFTIGERES BIP-WACHSTUM ERST 2003

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im 1. Halbjahr wie erwartet. Das Wirtschaftswachstum betrug 0,4%, von Quartal zu Quartal stieg das reale BIP saisonbereinigt um rund ½%. Dennoch muss die Wachstumsprognose für 2002 um ¼ Prozentpunkt nach unten revidiert werden: Die internationalen und nationalen Konjunkturumfragen deuten darauf hin, dass im III. Quartal statt der erwarteten Beschleunigung des Aufschwungs in der Konjunkturerholung eine Pause eintritt.

Zusätzlich ist in Österreich im III. Quartal mit Produktionsausfällen infolge der Hochwasserkatastrophe zu

## Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2001	2002	2003
	Mrd. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Konsumausgaben insgesamt	148,44	149,14	151,16	+1,0	+0,5	+1,4
Private Haushalte <sup>1)</sup>	111,37	112,45	114,47	+1,4	+1,0	+1,8
Staat	37,06	36,69	36,69	-0,3	-1,0	±0,0
Bruttoinvestitionen	45,54	44,39	45,52	-3,4	-2,5	+2,5
Bruttoanlageinvestitionen	44,59	43,32	44,56	-3,4	-2,8	+2,8
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	20,49	19,47	20,35	-5,2	-5,0	+4,5
Bauten	24,09	23,85	24,21	-1,7	-1,0	+1,5
Vorratsveränderung <sup>3)</sup>	0,95	1,07	0,97			
Statistische Differenz	0,38	0,00	0,00			
Inländische Verwendung	194,35	193,54	196,68	-0,1	-0,4	+1,6
Exporte	104,05	104,10	110,43	+5,5	+0,0	+6,1
Reiseverkehr	10,30	10,57	10,93	+3,7	+2,6	+3,4
Minus Importe	100,85	98,37	103,55	+3,4	-2,5	+5,3
Reiseverkehr	8,36	8,52	8,78	+5,2	+2,0	+3,0
Bruttoinlandsprodukt	197,56	199,27	203,57	+1,0	+0,9	+2,2
Nominell	210,28	214,67	222,39	+2,7	+2,1	+3,6

<sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – <sup>3)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

rechnen. In den Konjunkturumfragen, die überwiegend vor diesem Ereignis durchgeführt wurden, hat sich die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage kaum verändert, die hohen Produktionserwartungen für die kommenden Monate wurden deutlich zurückgenommen. In der zweiten Jahreshälfte dürften die saisonbereinigten Zuwächse des 1. Halbjahres bei weitem nicht erreicht werden. Das Wirtschaftswachstum wird damit heuer nur ¾% bis 1% erreichen und sogar etwas schwächer ausfallen als 2001.

Die Wachstumsprognose von gut 2% für 2003 setzt voraus, dass sich die Erholung nach einer „Konjunkturpause“ fortsetzt. Eine solche Entwicklung ist noch mit vielen Risiken verbunden, die vor allem die internationale Konjunktur betreffen.

## IMPORTEINBRUCH VERBESSERT DIE LEISTUNGSBILANZ

Im 1. Halbjahr 2002 entwickelte sich der österreichische Export vor dem Hintergrund der internationalen Konjunkturschwäche relativ gut. Im Jahresdurchschnitt kann mit einer Ausweitung der realen Warenexporte um 3% gerechnet werden. Diese Rate liegt um etwa 1 Prozentpunkt über dem Marktwachstum. Die Ausfuhr nach Übersee stieg deutlich rascher als jene in die EU. Unter den genannten Konjunkturannahmen wird sich im nächsten Jahr auch das Wachstum der Exporte in die EU beschleunigen.

Getragen wird das Wirtschaftswachstum 2002 vom Außenbeitrag, insbesondere vom Rückgang der Importe. Vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern ist heuer so schwach, dass die Warenimporte real um 3% unter dem Vorjahresergebnis bleiben werden. Handels- und Leistungsbilanz verbessern sich dadurch massiv. Das Defizit in der Leistungsbilanz ist heuer mit

Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	+2,7	+2,5	+1,4	+1,0	+1,8
Dauerhafte Konsumgüter	+9,4	+3,9	-2,6	-2,0	+3,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+1,8	+2,3	+2,0	+1,4	+1,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+2,2	+1,8	+0,2	+1,4	+2,0
Sparquote der privaten Haushalte <sup>2)</sup>	7,7	6,7	5,5	6,0	6,6
In % des verfügbaren Einkommens					
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländischen Nichtbanken (Jahresendstände)	+5,2	+6,7	+3,5	+1,9	+2,4
In %					
Inflationsrate					
National	0,6	2,3	2,7	1,8	1,4
Harmonisiert	0,5	2,0	2,3	1,8	1,4
Kerninflation <sup>3)</sup>	0,6	0,9	2,2	2,1	1,7

<sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – <sup>3)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

knapp 1% des BIP nicht einmal halb so hoch wie im Vorjahr; 2003 ist eine weitere leichte Aktivierung wahrscheinlich.

**TOURISMUS WIRD LANGSAMER EXPANDIEREN**

Der Tourismus entwickelte sich im 1. Halbjahr günstig, die reale Wertschöpfung des Beherbergungs- und Gastgewerbes nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,3% zu. Für das 2. Halbjahr ist mit einer geringeren Steigerung zu rechnen, da der Tourismus zunehmend von der Konjunkturflaute in Deutschland betroffen ist und die Hochwasserkatastrophe die Nachfrage dämpft. Auch 2003 sind mäßige Zuwächse zu erwarten, weil die internationale Konjunkturschwäche noch nachwirken wird. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz wird weiter leicht steigen.

**STABILISIERUNG DER BAUWIRTSCHAFT**

Die Bauwirtschaft war vom Konjunkturreinbruch zunächst stärker betroffen als die Sachgüterproduktion. Im Laufe dieses Jahres hat sich die Situation jedoch vor allem im Tiefbau stabilisiert. Belebt wird die Nachfrage durch die Konjunkturpakete und die Wiederaufbauarbeiten nach der Flutkatastrophe. Die Entwicklung der Bauproduktion im Jahr 2002 wird nun weniger ungünstig eingeschätzt als in der letzten Prognose (-1% statt -2%). Die angeführten Impulse werden auch im Jahr 2003 anhalten. Darüber hinaus wird die erwartete Erholung der Konjunktur auf den Wirtschaftsbau ausstrahlen. Die Nachfrage nach Bauleistungen dürfte deshalb 2003 leicht zunehmen (+1 1/2%), aber weiterhin hinter dem BIP-Wachstum zurückbleiben. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bausektor sollte dadurch gestoppt werden.

Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>					
Bruttoinlandsprodukt, real	+2,8	+3,0	+1,0	+0,9	+2,2
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	+1,2	+0,5	+0,2	-0,2	+0,6
Vollzeitaquivalent	+1,0	+1,3	+0,1	-0,3	+0,5
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+1,5	+2,5	+0,8	+1,1	+1,5
Vollzeitaquivalent	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,6
<i>Sachgütererzeugung</i>					
Produktion <sup>2)</sup>	+3,4	+7,2	+0,9	+1,0	+3,5
Beschäftigte <sup>3)</sup>	-0,7	+0,0	+0,2	-2,3	-0,5
Stundenproduktivität <sup>4)</sup>	+4,8	+7,3	+1,3	+4,4	+3,9
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten <sup>5)</sup>	-0,6	-0,1	-0,6	-1,0	+0,1

<sup>1)</sup> Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – <sup>2)</sup> Nettoproduktionswert, real. – <sup>3)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>4)</sup> Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – <sup>5)</sup> Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

**PRIVATER KONSUM WENIG GEBREMST**

Während die Investitionstätigkeit im Konjunkturverlauf außerordentlich stark schwankt, wirken die privaten Konsumausgaben stabilisierend. Sie stagnierten zwar im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr, im Jahresdurchschnitt 2002 dürften sie jedoch um knapp 1% steigen. Die Pkw-Käufe und die Wohnbauinvestitionen der privaten Haushalte gingen ähnlich wie die Investitionen der Unternehmen stark zurück.

Die Steigerung der verfügbaren Realeinkommen im Zuge der Konjunkturerholung wird 2003 ein kräftigeres Konsumwachstum (+1,8%) ermöglichen. Auch die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter sollten 2003 ausgeweitet werden. Die Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte ist vor allem 2001 durch steuerliche Faktoren (Vorauszahlungen an Einkommensteuer) verzerrt. In den Jahren 2002 und 2003 nimmt die Sparquote zu.

**MASSIVER INVESTITIONSRÜCKGANG**

Die starke Einschränkung der Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen und Fahrzeuge), die im letzten Jahr eingesetzt hatte, hielt heuer unvermindert an. Das zeichnete sich bereits in den Ergebnissen des WIFO-Investitionstests ab. Die Prognose der Ausrüstungsinvestitionen für 2002 muss deshalb deutlich nach unten revidiert werden. Im Jahresdurchschnitt ist ähnlich wie 2001 mit einem Rückgang um 5% zu rechnen. Der Einbruch der Investitionstätigkeit bietet neben der rasch steigenden Arbeitslosigkeit einen wichtigen Anlass für das Konjunktur- und Beschäftigungspaket der Bundesregierung. Die bis Ende 2003 befristete Investitionsprämie von 10% liefert einen Anreiz, geplante Investitionen vorzuziehen. Im Jahr 2003 dürften die Ausrüstungsinvestitionen – unter Berücksichtigung dieser Effekte – um 4% bis 5% ausgeweitet werden.

## Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	+2,0	+2,5	+3,1	+2,2	+2,2
Vollzeitäquivalent	+2,4	+2,3	+3,4	+2,4	+2,6
Realeinkommen je Arbeitnehmer <sup>1)</sup>					
Brutto	+1,2	+1,0	+0,8	+0,4	+0,8
Netto	+4,3	+1,7	+0,1	-0,3	+0,2
Nettomasseneinkommen, nominell	+3,7	+4,3	+2,6	+2,0	+2,4
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,4	-0,1	+2,3	+1,2	+0,7
Sachgütererzeugung	-1,5	-5,1	+2,1	-1,3	-0,6
Relative Lohnstückkosten <sup>2)</sup>					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-2,4	-6,0	±0,0	-2,7	-0,6
Gegenüber Deutschland	-1,1	-2,4	±0,0	-3,6	-1,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren					
Nominell	+0,6	-2,7	+0,9	+0,4	+0,6
Real	-1,3	-3,5	+0,3	±0,0	±0,0

<sup>1)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>2)</sup> In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

## PREISAUFTRIEB LÄSST 2003 NACH

Die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt 2002 um 1,8% steigen, dank der Beruhigung der Energiepreise um fast 1 Prozentpunkt langsamer als 2001. Die Euro-Bargeldeinführung beschleunigte den Preisauftrieb zunächst insgesamt nicht. In den Sommermonaten mehrten sich jedoch die Anzeichen, dass sie doch zum Anlass für kräftige Erhöhungen einzelner Dienstleistungspreise genutzt wurde. Die Verteuerung von Tabakwaren und Dienstleistungen war der Hauptgrund, dass sich die Inflation im August – nach einem Rückgang in den Vormonaten – wieder auf 1,9% beschleunigte.

Im nächsten Jahr dürfte die Teuerungsrate auf 1,4% zurückgehen. Angesichts der Konjunkturflaute und des geringeren Preisauftriebs wird die Lohnrunde 2002 im privaten Sektor niedriger ausfallen als im Vorjahr. Weiters wird der starke Euro den Preisanstieg dämpfen, und die Saisonwarenpreise dürften sich wieder normalisieren. Die Kerninflation wird weiterhin um etwa ¼ Prozentpunkt über der Inflationsrate liegen. Einen Unsicherheitsfaktor bilden die Rohölpreise: Ein Krieg im Irak könnte zunächst eine sprunghafte Verteuerung und nach Kriegsende einen rapiden Preisverfall zur Folge haben.

Die Löhne je Beschäftigten dürften ähnlich wie heuer um rund 2¼% angehoben werden. Im privaten Sektor werden die Einkommen deutlich langsamer wachsen als 2002, im öffentlichen Sektor wesentlich rascher. Die erwartete Erholung der Konjunktur wird sich erst auf die Lohnrunde des kommenden Jahres auswirken.

## ARBEITSLOSENQUOTE STEIGT 2002 AUF FAST 7% UND STAGNIERT 2003

Die Konjunkturschwäche hat die Arbeitsmarktlage rapid verschlechtert. In den ersten acht Monaten 2002 ging die Zahl der aktiv Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr um 11.000 zurück. Die offizielle Beschäftigungsstatistik,

## Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+32,2	+27,7	+15,9	+ 9,1	+33,9	
Ohne Präsenzdienner und Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen	+38,2	+30,8	+15,1	-11,9	+14,9	
Unselbständig Beschäftigte insgesamt <sup>1)</sup>	+31,2	+25,8	+14,4	+ 8,0	+32,0	
Ohne Präsenzdienner und Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen	+37,2	+28,9	+13,6	-13,0	+13,0	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4
Präsenzdienner und Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen <sup>1)</sup>	- 6,0	- 3,1	+ 0,8	+21,0	+19,0	
Ausländische Arbeitskräfte	+ 7,8	+13,4	+ 9,5	+ 4,0	+ 9,5	
Selbständige <sup>2)</sup>	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,9	
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+19,8	+25,2	+28,1	+22,9	+19,1	
15- bis 59-Jährige	- 2,6	-17,5	-14,2	- 5,5	+ 3,1	
Erwerbspersonen im Inland	+16,2	+ 0,3	+25,5	+40,1	+33,9	
Ohne Präsenzdienner und Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen	+22,2	+ 3,4	+24,7	+19,1	+14,9	
Ausländer	+ 6,6	+12,0	+14,3	+10,0	+10,0	
Wanderung von inländischen Arbeitskräften	+ 3,0	+ 1,0	- 1,0	± 0,0	- 0,5	
Inländische Arbeitskräfte	+ 6,6	-12,7	+12,2	+30,1	+24,4	
Ohne Präsenzdienner und Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen	+12,6	- 9,6	+11,4	+ 9,1	+ 5,4	
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>3)</sup>	-16,1	-27,4	+ 9,6	+31,0	± 0,0	
Stand	in 1.000	221,7	194,3	203,9	234,9	234,9
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	3,9	3,7	3,6	4,1	4,1	
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,0	5,3	5,5	6,2	6,2	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,7	5,8	6,1	6,9	6,9	
Erwerbsquote <sup>4)</sup>	67,6	67,3	67,5	67,9	68,3	
Ohne Präsenzdienner und Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen <sup>5)</sup>	71,2	71,5	72,2	72,7	72,9	
Beschäftigungsquote <sup>6)</sup>	63,6	63,8	63,8	63,7	64,1	
Ohne Präsenzdienner und Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen <sup>5)</sup>	66,9	67,7	68,2	68,0	68,3	

<sup>1)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>2)</sup> Laut WIFO. – <sup>3)</sup> Laut Arbeitsmarktservice. – <sup>4)</sup> Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – <sup>5)</sup> In % der Bevölkerung (15- bis 59-Jährige). – <sup>6)</sup> Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

die auch die Bezieherinnen von Kindergeld umfasst und monatlich neue Rekordwerte ausweist, schön diese Entwicklung. Die Zahl der Bezieherinnen von Kindergeld erhöht sich infolge der familienpolitischen Maßnahmen im

*Der Konjunkturinbruch löste einen besonders starken Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung versucht jetzt dem entgegenzuwirken.*

Laufe von zwei Jahren um rund 40.000. Auch die Zunahme der Altersteilzeit (auf zuletzt 14.000 Personen) lässt die Beschäftigungsentwicklung günstiger erscheinen, als sie aus konjunktureller Sicht ist.

Im Jahresdurchschnitt 2002 wird die Zahl der Arbeitsplätze infolge der Konjunkturschwäche um rund 13.000 (-0,4%) zurückgehen. Vom Beschäftigungsabbau besonders betroffen sind die Sachgüterproduktion und die Bauwirtschaft. Diese Sektoren sind primär für den star-

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren					
	1999	2000	2001	2002	2003
	In % des BIP				
<i>Budgetpolitik</i>					
Finanzierungssaldo des Staates					
Laut Maastricht-Definition <sup>1)</sup>	-2,3	-1,5	+0,2	-1,5	-1,0
Laut VGR	-2,4	-1,7	+0,0	-1,7	-1,2
Primärsaldo des Staates laut VGR	+1,4	+2,3	+3,9	+1,9	+2,3
	In %				
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz					
	3,0	4,4	4,3	3,4	3,3
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>					
	4,7	5,6	5,1	5,0	4,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Effektiver Wechselkurs					
Nominell	+1,5	-2,5	+1,0	+0,4	+0,9
Real	-1,1	-3,6	+0,1	-0,2	±0,0

<sup>1)</sup> Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. –  
<sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

ken Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Verringerung der Beschäftigung im Verkehrsbereich (Post, Telekom, ÖBB) und im öffentlichen Dienst erfolgt überwiegend durch Pensionierungen.

Die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) steigt heuer von 3,6% auf 4,1%. Budgetpolitisch relevanter ist jedoch die Zahl der Arbeitslosen laut AMS. Sie wird 2002 um 31.000 auf 235.000 zunehmen. Die Arbeitslosenquote dürfte mit 6,9% knapp unter der 7%-Marke bleiben. Diese Definition der Arbeitslosenzahl umfasst auch Personen, die nicht „aktiv Arbeit suchen“ (insbesondere Saisonarbeitslose) und an die Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe gezahlt werden muss.

Im Jahr 2003 dürften die Arbeitsplatzverluste dieses Jahres wieder wettgemacht werden. Die erwartete langsame Erholung der Wirtschaft wird die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas beleben (+13.000). Die Zunahme bleibt jedoch verhalten, weil im beginnenden Aufschwung zunächst die Produktivität anzieht. Die Arbeitslosigkeit dürfte im nächsten Jahr auf relativ hohem Niveau stagnieren.

Der Nationale Beschäftigungsplan (NAP) sah eine Verringerung der Arbeitslosenquote (laut Eurostat) bis 2002 auf 3,5% vor. Im Jahr 2002 wurde dieses ambitionierte Ziel infolge des Konjunkturreinbruchs verfehlt. Die EU-Kommission kritisiert, dass in Österreich keine zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ergriffen wurden. Die Bundesregierung reagierte nunmehr auf die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und beschloss im September ein Konjunkturpaket. Die bis Ende 2003 befristete Investitionsprämie von 10% für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, die Verlängerung der Maßnahmen im Rahmen des „Jugendauffangnetzes“, Prä-

mien für die Einstellung von Lehrlingen und andere Maßnahmen sollen dem Einbruch von Konjunktur und Beschäftigung entgegenwirken.

## BUDGETSITUATION DURCH KONJUNKTURSCHWÄCHE UND HOCHWASSERKATASTROPHE BELASTET

*Aufgrund des Konjunkturreinbruchs und der Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Folgen der Flutkatastrophe erreicht das gesamtstaatliche Budgetdefizit heuer 1 1/2% des BIP.*

Der Saldo des Gesamtstaates wird heuer statt des angestrebten „Nulldefizits“ etwa -1 1/2% des BIP betragen. Der Grund dafür liegt in der ausgeprägten Konjunkturlaute und in der Belastung durch die Hochwasser-Entschädigungen. Die Konjunkturschwäche schlägt sich in einem Ausfall an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sowie steigenden Arbeitslosengeldzahlungen nieder. Die Beseitigung bzw. Linderung der Hochwasserschäden beansprucht den Staatshaushalt zusätzlich. Die Budgetausgaben (ohne Hochwasserhilfe und Arbeitslosengeld) weichen insgesamt wenig vom Voranschlag ab. Angesichts des absehbaren Budgetdefizits hat der Finanzminister ein Budgetüberschreitungsgesetz beantragt (1,7 Mrd. €). Der Stabilitätspakt mit den Ländern und Gemeinden wurde wegen der Hochwasserschäden ausgesetzt. Die gesamte Budgetbelastung durch die Folgen der Flutkatastrophe – Mehrausgaben und Einnahmefälle – dürfte kumuliert über das laufende und kommende Jahr fast 1% des BIP betragen.

2003 ist mit einem Budgetdefizit von gut 1% des BIP zu rechnen. Diese Prognose hat jedoch eher tentativen Charakter, da noch kein Budget für 2003 vorliegt und der Gehaltsabschluss für den öffentlichen Dienst sowie die Festlegung des Pensionsanpassungsfaktors ausstehen. Mögliche Einmalmaßnahmen (z. B. Sonderdividenden) sind schwer einzuschätzen. Weiters ist derzeit unklar, ob 2003 eine Steuerreform in Kraft tritt (die Prognose unterstellt ein unverändertes Steuersystem). Außerdem sind die Wachstumsprognosen als Basis für die Einnahmenschätzung in dieser labilen Konjunktursituation unsicherer als üblich. Das Konjunktur- und Beschäftigungspaket dürfte den Staatshaushalt 2003 mit rund 600 Mio. € belasten.

Abgeschlossen am 25. September 2002.